Woran es hakt

Flächen: Experten sind sich weitgehend einig, Deutschland hat genug Flächen, um die erhöhten Ausbauziele zu erreichen. Doch Planer und Projektierer von Freiflächenanlagen sehen sich gerade auf kommunaler Ebene zahlreichen Hemmnissen gegenüber, die in der Bundespolitik bislang nicht erkannt werden. Dabei gibt es Möglichkeiten, um dies künftig zu ändern – entweder über das Baugesetzbuch oder durch Flächenvorgaben für die Länder.

In Deutschland soll in den kommenden Jahren schnell viel Photovoltaik zugebaut werden. Mit seinem EEG-Osterpaket will Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck den Grundstein dafür legen, dass bis 2030 eine installierte Photovoltaikleistung von 215 Gigawatt erreicht wird. Aktuell sind knapp 60 Gigawatt installiert. Der Weg ist also noch weit und es muss sich einiges ändern, um den Zubau zu beschleunigen und das Ziel zu erreichen.

Bei Dachanlagen sollen höhere Fördersätze, zumindest für Volleinspeiser, dafür sorgen, dass noch leere Dächer mit Solarmodulen belegt werden. Für Freiflächenanlagen – mit denen sich schneller Volumen zu günstigeren Preisen erzielen lassen – sind höhere Ausschreibungsvolumen in den kommenden Jahren geplant.

Dabei läuft seit Jahren die Diskussion, ob Deutschland genügend Flächen hat, um die Photovoltaik-Ziele zu erreichen. Die



Projektierer suchen vor allem nach Flächen nahe an Bahnstrecken oder Autobahnen, auf landwirtschaftlich eher schwachem Boden und nahe von Hochspannungsnetzen für einen praktikablen Netzanschluss.

Anzeige

meisten Experten bejahen diese Frage. Deutschland baut auf vielen seiner landwirtschaftlichen Flächen aktuell Energiepflanzen an. Solarbefürworter halten zumindest einen Teil davon mit Freiflächenanlagen für viel sinnvoller genutzt. Gleichzeitig wäre damit auch der Biodiversität gedient, und der ausgelaugte Boden könnte sich erholen.

Relevanter als die Frage, ob es genug Flächen gibt, ist die Diskussion, warum aktuell nicht weit mehr Solarparks in Deutschland entstehen, als es der Fall ist. Der Solarstrom aus großen Freiflächenanlagen rechnet sich mittlerweile oftmals auch ohne EEG-Förderung. Bei solchen Geschäftsmodellen ersparen sich die Investoren sogar die Restriktionen, die bei Ausschreibungen etwa hinsichtlich den erlaubten Flächen und Leistung gelten. Was sind also die Beschränkungen?

ii. Was sind also die beschrankungen:

Flächensicherung als große Herausforderung

"Geeignete Flächen zu sichern, ist momentan eine der größten Herausforderungen." Dies sagt Thomas Staudinger, Geschäftsführer der Recap global investors. Er berichtet von regelrechten Bietergefechten für die geeigneten Flächen. Preise von 3.000 bis sogar 6.000 Euro pro Hektar würden mittlerweile in Abhängigkeit von den Flächengrößen und Netzanschlussverhältnissen geboten.

Die Quintessenz ist: Papier ist geduldig. Die Politik kann die schönsten Ziele formulieren, doch entscheidend ist, was am Ende wirklich gebaut wird, oder besser gesagt, gebaut werden kann. Gerade bei Freiflächenanlagen sehen sich viele Projektierer mit Hemmnissen konfrontiert, die bislang von der Ampel-Regierung nicht adressiert werden. Vielleicht auch, weil sie in der Bundespolitik vollkommen unter dem Radar laufen.

"Die Herausforderung, geeignete Flächen zu sichern, ist momentan eine der größten Herausforderungen."

Kommunales Vetorecht

Bei Freiflächenanlagen ohne EEG-Förderung gilt natürlich auch, je größer, umso wirtschaftlicher werden die Projekte und umso günstiger die erzeugte Kilowattstunde Solarstrom. Dies ist insbesondere darauf zurückzuführen, dass die Kosten für die Planung und den Netzanschluss auf eine größere Anlagenleistung verteilt werden können. Entsprechend werden Flächen gesucht, die den Bau von Solarparks ermöglichen, die auch über die in Ausschreibungen festgelegte Grenze von 20 Megawatt hinausreichen.

What you see is What you get! 所见即所得!

AURORA PRO 685W

high efficiency module



First year degradation < 1% and annually degradation <0,4%.



Higher bifaciality , baficiality reaches to 80%.



3% of power generation capacity han PERC modules.

Zeitenwende

Ein Projektierer geht dafür zumeist den im Leitfaden des Umweltministeriums Brandenburg empfohlenen Bilderbuch-Weg für die Planung der Anlage: Er sucht nach Flächen nahe an Bahnstrecken oder Autobahnen, auf landwirtschaftlich eher schwachem Boden und nahe von Hochspannungsnetzen für einen praktikablen Netzanschluss. Insgesamt kommt dabei schnell eine enorme Anzahl an Hektar außerhalb von Schutzgebieten und Ortslagen zusammen, die für den Bau vieler großer Freiflächenanlagen reichen würden.

Die nächsten Schritte sind tief im föderalistischen System verankert: Ein Projektierer spricht immer erst mit den Eigentümern und den Bewirtschaftern der Flächen. Deren Einverständnis vorausgesetzt, wendet er sich an die lokale Politik. Der vorgezeichnete Weg geht hierbei über den Ortsbeirat, den Bauausschuss, den Hauptausschuss, die alle jeweils eine Empfehlung an die Gemeinderäte- oder Stadtverordnetenversammlung abgeben müssen.

"Kommunalpolitiker fühlen sich oftmals nicht an die bundespolitischen Vorgaben oder Ziele gebunden."

Leider treten spätestens auf dieser Ebene dann vielerorts für die Projektierer die Hemmnisse zutage, die das Gelingen der Energiewende in vielen Regionen Deutschlands viel schneller zum Albtraum lassen werden, als Habeck und der Bundesregierung möglicherweise überhaupt bewusst ist. "Die Kommunalpolitiker fühlen sich oftmals nicht an die bundespolitischen Vorgaben oder Ziele gebunden", erklärt ein Projektierer, der lieber anonym bleiben will. Dies sei weitgehend parteiunabhängig.

So seien auf Gemeindeebene auch selbst besonders ungewöhnlich erscheinende Allianzen aus Linken, AfD und Freien Wählern zu finden, die aktive Erneuerbaren-Verhinderungspolitik betrieben. Die Argumente, sofern überhaupt welche vorlägen, seien dabei wenig stichhaltig. Müssen sie auch nicht zwingend, denn die Gemeindevertreter sind gemäß Satzung nur ihrem Gewissen verpflichtet. Damit finden sich auf dieser Ebene plötzlich bundespolitisch undenkbare Mehrheiten, die auch schon mal zu einstimmigen Enthaltungen in einem parteilich bunt besetzten Gemeinderatssitzungen führen, wenn über Photovoltaikprojekte entschieden werden soll.

Gerade bei Vertretern aus Oppositions- oder Splitterparteien gebe es auch immer wieder Fälle, in denen die Kommunalpolitiker ihre Verhinderungsmöglichkeiten kennen und auch von ihrem kommunalen Vetorecht Gebrauch machen. Beispiele von konkreten Projekten, deren Planung bereits vor mehreren Jahren begann und die bis heute nicht entschieden sind, gibt es viele in Deutschland. Die Gemeinden treiben auf diese Weise ihr "Moratoriumsspielchen" und verzögern die Beschlüsse Jahr um Jahr, während sich die Bundespolitik über geringe Zubauraten wundert, wie der Projektierer weiter berichtet.

Die im EEG 2021 verankerte kommunale Beteiligung an neuen Wind- und Solarparks halten nicht alle Projektierer für zielführend, um die Situation zu ändern. Viele Politiker in den Gemeinden, gerade wenn sie in strukturschwachen Regionen liegen, wo viele der geeigneten Flächen für große Anlagen zu finden sind, scheinen darauf nicht angewiesen, sondern argumentierten, die EU-Finanzhilfen würden auch so fließen.

Der Projektierer vermutet außerdem, dass der Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan mittlerweile ein so komplexer Prozess geworden sei, dass er Gemeinderäte "heillos überfordert". Projektierer seien daher dazu übergangen, bei jeder Gemeinderatssitzung immer einen Mitarbeiter vor Ort zu schicken, wenn über ihre Projekte diskutiert wird. Nur so könnten sie sicherstellen, dass etwaige Fehlinformationen direkt widerlegt werden und gar nicht erst Mythen entstehen. Dennoch helfe dies nur bedingt. Er habe bereits des Öfteren erlebt, dass Zusagen aus den Sitzungen im Nachhinein wieder einkassiert wurden, weil Politiker jeglicher Couleur gegen ein Projekt agitiert hätten, berichtet ein Projektierer.

Doch welche bundespolitischen Vorgaben könnten helfen, diese Situation zu verändern, damit Freiflächenanlagen schneller geplant und realisiert werden? Der Bundesverband Neue Energiewirtschaft hat vorgeschlagen, den Gemeinden die Nutzung von einem Prozent ihrer Flächen für die Photovoltaik vorzuschreiben. Für die Windkraft sind im EEG dafür bereits zwei Prozent festgelegt, für die Photovoltaikanlagen gibt es hingegen keine Vorgaben. Wenn dieses eine Prozent vorgeschrieben würde, sollten die Gemeinden durchaus selbst entscheiden können, mit wie viel Dach- und Freiflächenanlagen sie dies erreichen wollen. Doch bis zum Erreichen der Ein-Prozent-Marke dürften sie keine Projekte ohne triftigen Grund mehr abweisen, wie es eben aktuell oftmals der Fall sei.

Photovoltaik als privilegiertes Bauvorhaben

Ein anderer Weg wäre, Photovoltaikanlagen als privilegierte Bauvorhaben im Außenbereich im Baugesetzbuch festzuschreiben. Diese Möglichkeit ist dort unter anderem für Windkraftanlagen enthalten. Damit käme es auf die kommunalen Entscheidungsträger in Gemeinde- und Stadträten nicht mehr an, da das Baurecht für Photovoltaikfreiflächenanlagen dann durch das Bundesgesetz auch für diese geschaffen werden könnte. Die Schaffung eines Baurechts durch Bebauungspläne für Photovoltaikanlagen könnte so abgekürzt werden.

Gemeinderäte könnten die Projekte somit nicht mehr aufhalten, doch für die Stimmung vor Ort könnte dies abträglich sein, fürchten manche Projektierer etwa mit Blick auf das schlechte Image von Windparks. Andere empfehlen auch bei geändertem Baurecht für Photovoltaikanlagen, die lokale Bevölkerung und die Entscheidungsträger in das Projekt umfassend einzubinden und Bedürfnisse vor Ort hinreichend zu berücksichtigen.

Recap-Geschäftsführer Staudinger hält die Option, Photovoltaik als privilegierte Bauvorhaben im Gesetz festzuschreiben, für eine schnelle Möglichkeit, den Ausbau voranzubringen. "Damit würde dem gesetzgeberischen Wunsch, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im überragenden öffentlichen Interesse liegt und überdies der öffentlichen Sicherheit dient, durch ein privilegiertes Baurecht auch für Photovoltaikanlagen Rechnung getragen", so sein Argument. Es müsse das Ziel sein, diese Änderung im Baugesetzbuch kurzfristig umzusetzen.

"Es sollten zudem Vorranggebiete für Freiflächenprojekte ausgewiesen werden. Diese sollten dann durch die Bundesländer in deren Raumordungsplänen integriert werden, um das Zwei-Prozent-Ziel für Erneuerbaren-Projekte im jeweiligen Bundesland umzusetzen", sagt Staudinger. Die Bundesländer könnten in diesen Plänen explizite Vorgaben machen. Zudem braucht es Staudinger zufolge Standards, die allgemein gültig sind und eine gute Handhabe bieten, um Projekte mit guter Planung für alle Beteiligten sicherzustellen.

Generell müsste bei der Ausweisung von geeigneten Flächen verstärkt auf deren Integrierbarkeit in vorhandene Netzeinspeise-Infrastruktur geachtet werden. So könnten auch landwirtschaftliche Flächen als solche Vorranggebiete ausgewiesen werden, wenn sie in der Nähe zu Umspannwerken und Stromtrassen liegen und demzufolge eine rasche Netzintegration neuer Anlagen ermöglichen würden. Dies sei besser, als solche Anlagen überwiegend in ländlichen Regionen zu errichten, die erst einen langwierigen und teuren Ausbau derartiger Netzinfrastruktur erfordern, so der Recap-Geschäftsführer.

"Es sollten zudem Vorranggebiete für Freiflächenprojekte ausgewiesen werden."

Neuer Status für Erneuerbare hilft nicht weiter

Diskutiert wird derzeit auch über den Status, der Erneuerbarenmit dem EEG-Osterpaket zuerkannt werden soll – nämlich dass sie dem überragenden öffentlichen Interesse und der öffentlichen Sicherheit dienen. Bei vielen Projektierern spielt dieser Schritt eine eher untergeordnete Rolle. Öffentliches Interesse bringt noch keinen Aufstellungsbeschluss, heißt es dort. Der Status ermöglicht es lediglich, auch Anlagen in Schutzgebieten zu bauen. Dies empfinden viele Projektierer als überflüssig, solange es außerhalb der Schutzgebiete ausreichend Flächen für Photovoltaik gibt. Viel wichtiger sei, die aktuell langwierigen Prozesse für eine Baugenehmigung zu beschleunigen - auf welchem Weg auch immer.

SAVE THE DATE

26 - 30
SEPT. 2022
MILANO
CONVENTION
CENTRE
MILAN · ITALY

8th WORLD CONFERENCE ON PHOTOVOLTAIC ENERGY CONVERSION

The WCPEC-8 is the world's biggest platform for PV research and development and will take place from **26 – 30 September 2022 in Milan, Italy**.

It offers a broad range of photovoltaic and solar energy topics you can look forward to:

- A Scientific conference with an extensive programme covering the entire range of PV research, technologies, applications and policies
- Parallel Events that offer a deep insight into / a broader overview of certain PV topics
- The Industry Summit covering industry topics along all stages of the value chain, connecting policy makers and industry key players alike
- A Business-to-Business Exhibition that connects industries from different sectors and promotes the liaison between major research centres and manufacturing companies

Join us at the WPCEC-8 and meet the global PV community in Milan to discuss, exchange and network.

